



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Barbara Becker, Alfons Brandl, Karl Freller, Dr. Marcel Huber, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/12486

Kampf gegen Corona: Impfstoffversorgung sicherstellen / Impfbereitschaft steigern / Intensivierung der Impfkampagne zu COVID-19 und aufsuchende Impfberatung in Pflegeheimen

Der Landtag stellt fest, dass Impfungen gegen COVID-19 einen entscheidenden Beitrag zur Eindämmung der Pandemie leisten und das Risiko schwerer COVID-19-Erkrankungen reduzieren können. Impfungen bieten die Chance, dass die Kontaktbeschränkungen und anderen Maßnahmen perspektivisch wieder gelockert werden können.

Ziel muss es sein, dem Impfwunsch vieler Menschen nachzukommen und schnellstmöglich entsprechende Impfangebote zu machen. Der Landtag begrüßt die bisherigen Bemühungen der Staatsregierung im Rahmen der Bayerischen Impfstrategie. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass so viel Corona-Impfstoff wie möglich nach Bayern geliefert wird – mit dem klaren Ziel, dass bis spätestens Oktober 2021 jeder, der geimpft werden möchte, auch geimpft werden kann. Dazu sind jetzt die Voraussetzungen zu schaffen, dass auch niedergelassene Ärzte und Betriebsärzte gegen Corona impfen können.

Auch begrüßt der Landtag die Pläne der Staatsregierung für eine wirksame Aufklärungs- und Transparenzkampagne mit sachlichen Informationen, um die Impfbereitschaft der Menschen in Bayern weiter zu erhöhen. Dabei sollen auch besonders diejenigen mit häufigem Kontakt zu Angehörigen der Risikogruppen, wie z. B. Pflegekräfte, angesprochen werden. Vor allem ist die sachliche Aufbereitung der Informationen sowohl hinsichtlich der erfolversprechenden Erkenntnisse z. B. hinsichtlich der Wirkungsweise der bisher in Europa zugelassenen Impfstoffe als auch hinsichtlich bestehender Unsicherheiten etwa bezüglich einer möglichen Infektiosität trotz erfolgter Impfung und fehlender Langzeitstudien wichtig. Für die Information der gerade während der Pandemie außerordentlich eingespannten Pflegekräfte in Alten- und Pflegeheimen wird die Staatsregierung aufgefordert, den Einsatz einer aufsuchenden Impfinformation durch fachkundige Ärztinnen und Ärzte etwa im Rahmen mobiler Teams zu prüfen.

Die Staatsregierung wird gebeten, sich auf Bundesebene weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Übernahme der Kosten für Fahrten zu einer Corona-Impfung mit einem Taxi für immobile Personen sichergestellt ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den bayerischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Klarheit darüber herzustellen, ob Geimpfte das Virus weitergeben können oder eben nicht.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident